



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

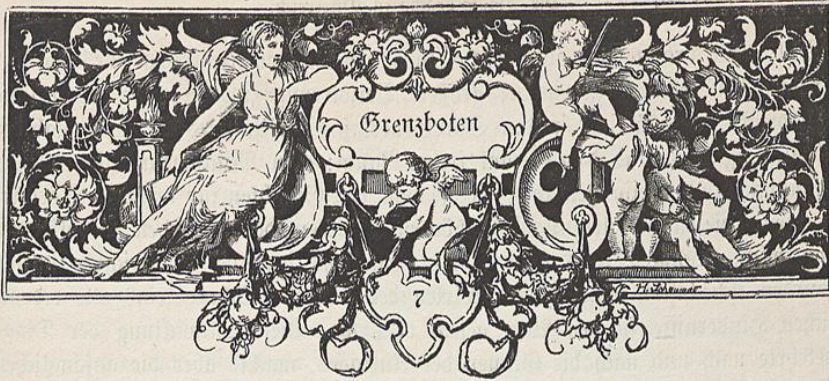
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Staatssprache in Österreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Staatsprache in Österreich.



In den Tagen vom 24. bis zum 29. Januar lieferten sich die beiden großen Parteien im österreichischen Reichsrath eine Redeschlacht, welche für ein Handbuch der politischen Redekunst allerdings nicht viel Material geliefert hätte — denn mit Mustern, um stundenlang einzig mit dem Zweck der Verdunkelung des Verhandlungsgegenstandes zu sprechen, hat ja die parlamentarische und die forensische Beredsamkeit uns schon übergenug versorgt —, welche aber gerade darum von hervorragender politischer Bedeutung ist. Dieses sorgfältige Umgehen des Kernes der Sache, dieses Herbeiziehen von Streitpunkten, welche mit jener wenigstens keine unmittelbare Berührung haben, illustriert die gegenwärtigen innern Zustände Österreichs derart, daß man sich über diese keiner Täuschung mehr überlassen kann.

Der „Wurmbrandsche Antrag“ nennt sich das Objekt des Streites, und auch dieser Name dient mit zur Signatur. Graf Wurmbrand gehört zu jener Gruppe steirischer Abgeordneten, welche stets einem bedeutenden Maße von Selbstverwaltung das Wort geredet und sich den Ansprüchen der interessanten Nationalitäten geneigt erwiesen haben; persönlich ist er der wohlvollendste, billigendste Politiker, den man sich vorstellen kann, er hält sich mehr als vielleicht irgend einer seiner Kollegen frei von Fraktionsvorurtheilen und Fraktionsleidenschaften. Man darf es ihm daher aufs Wort glauben, daß er in der besten Absicht vor vier Jahren den Antrag formulirt hat, die Regierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs aufzufordern, durch welchen die Sprachenfrage unter Wahrung der deutschen Staatsprache geregelt würde. Auch hieß man anfangs gerade im Lager der Rechten den Antrag, als vom Gerechtigkeitsgefühle dictirt, willkommen, während von der Linken Bedenken geäußert wurden.

Mittlerweise brachte das allmähliche Zurückweichen der Regierung vor dem Andrängen der Slaven eine immer größere Verwirrung zuwege. Der unglückliche Ausdruck „landesüblich“ in dem Sprachenerlaß des Ministers Streameyr gab der Auslegungskunst und dem Gezänk freien Raum; vom Ministerium gingen Verordnungen und Weisungen aus, welche von den Gerichten für ungesetzlich erklärt wurden; die nationalen Landesbehörden nötigten der deutschen Bevölkerung tschechische Schulen auf, vom Staate erhaltene deutsche Unterrichtsanstalten wurden tschechisiert, dagegen dem Wirken des deutschen Schulvereins alle erdenklichen Hindernisse in den Weg gelegt u. s. w. Diese Entwicklung der Dinge bekehrte nach und nach die Gegner des Antrages, machte aber die anfänglichen Freunde zu Gegnern. Ihr Appetit war bei dem Schmause gewachsen, und sie fürchteten nun, daß eine gesetzliche Ordnung für sie ein Hindernis werden könne, während sie von dem Ministerium alles zu erreichen hofften, was sie jetzt fordern und künftig fordern werden. Deshalb beschloß die Mehrheit der Kommission, über den Antrag zur Tagesordnung zu gehen; und trotzdem wurde die Verhandlung im Plenum beharrlich hinausgeschoben, in der augenfälligen Absicht, diese Verhandlung überhaupt zu hintertreiben. Und die Mehrheit verhehlte ihr Mißvergnügen nicht, als sich der Präsident des Abgeordnetenhauses durch eine energische Mahnung endlich nötigen ließ, den Gegenstand auf die Tagesordnung nach den Weihnachtsferien zu setzen. Die Herren fühlten sich zum erstenmale nicht sicher. Die Mehrheit haben die Slaven ja nur, weil die deutschen Merikalen zu ihnen halten; wie leicht konnte bei diesen die deutsche Gesinnung in einer Frage zum Durchbruch kommen, welche mit Glauben und Kirche nichts zu thun hat!

Daß diese Sorge nicht grundlos war, bewies das Auftreten des Salzburger Abgeordneten Lienbacher. Um so rühriger bearbeitete man die übrigen Bundesgenossen. Tag für Tag verkündete die von der Rechten oder der Regierung abhängige Presse, der Wurmbbrandsche Antrag sei erstens überflüssig und zweitens höchst gefährlich; überflüssig, weil sich ja ohnehin alles in der schönsten Ordnung befinde und der deutschen Sprache die Eigenschaft als Staatsprache von niemand bestritten werde, gefährlich, weil die Zumutung, die „freiwillige“ Anerkennung in eine gesetzliche umzuwandeln, die andern Nationalitäten verletzen müsse. Ob dieser Konsens die gewünschte Wirkung gethan habe, ist nicht zu ermitteln; unglaublicherweise wurde er auch mehrmals in Parlamentsreden vorgebracht und wird nun wohl weitere Anwendung finden. Warum sollen nicht gewisse Gesellschaftsklassen sagen: Freiwillig würden wir die Heiligkeit des Eigentums anerkennen, aber gesetzlicher Schutz desselben ist eine Provokation für uns?

Diesem Vorspiel schloß sich die Hauptaktion nur zu würdig an. Ob mit Absicht oder nicht, zum größten Teil wurden Abgeordnete mit deutschen Namen ins Feuer geschickt: der Slovenenführer Graf Hohenwart, Chef des „Faschings-

ministeriums“ vom Jahre 1871, welcher für den unlängst in der Schweiz verstorbenen Julius Freese ein eignes Organ zur Berunglimpfung des Deutschtums schuf und bei der tschechischen petition of rights als Pate fungirte; Hausner, dem seine Fraktionsgenossen wohl endlich den Makel der Geburt von deutschen Eltern verzeihen werden, da er nicht polnisch reden könnte, wenn seine Vorfahren schon dabeigewesen wären, als Miecyslav sein Land von Otto dem Großen zu Lehen nahm; Kieger, der leider zu rechter Zeit versäumt hat, die beiden „e“ aus seinem Namen zu streichen; Gregr, der wenigstens den einen entbehrlichen Buchstaben getilgt hat. Der zuletztgenannte Führer der Jungtschechen und Redakteur des Hauptorgans der Partei, Narodni Listy, ist nämlich ein geborner Oberösterreicher, heißt wahrscheinlich richtig Gröger, und wüthet gegen seine Muttersprache in der eigentlichen und der abgeleiteten Bedeutung dieses Wortes. Und da er in der Hitze des Kampfes schon oft aus der Schule geschwaht und den Diplomaten der Rechten damit schweren Kummer bereitet hat, hatten diese zuerst gar keine Lust, ihn zu Worte kommen zu lassen. Wenn er von der Tribüne mit derselben Offenherzigkeit wie in der Presse die Verjagung der Deutschen aus Böhmen proklamirt hätte, wären ja die ohnehin schwierigen Bundesgenossen kaum bei der Fahne zu halten gewesen. Er hat die Befürchtungen zerstreut, er hat mit vielem Talent und auffallender Mäßigung gesprochen, auf jeden Fall von den letzten Zielen nicht mehr verraten als Fürst Georg Czartoryski, der sich nach und nach zu einem für seine Partei gefährlichen Fanatiker entwickelt hat.

Willkommener wäre es allerdings gewesen, wenn nicht bloß Slaven mit deutschen Namen, sondern Abgeordnete aus deutschen Bezirken noch anders als durch ihre Abstimmung bekundet hätten, daß sie in dem „Steigen der slavischen Flut“ das Heil Österreichs erblicken und daher keinen Damm dagegen auführen lassen wollen. Soweit ging indessen die Freundschaft doch nicht. Die Herren fürchteten sich vor ihren Wählern, sagen die Zeitungen. Kann sein, vielleicht sind sie auch in Verlegenheit gewesen, was sie vorbringen sollten, ohne sich selbst ins Gesicht zu schlagen. Die Argumente der Polen und Tschechen konnten sie sich unmöglich aneignen.

Einen weitem Leserkreis würde es nicht interessiren, alle einzelne Figuren des von den Rednern der Majorität aufgeführten Giertanzes zu verfolgen. Bis auf den Fürsten Czartoryski vermieden sie alle, die Konsequenzen ihrer politischen Haltung zu ziehen. Dieser eine erklärte sich offen für den nackten Föderalismus. Er hat „für Staatsnationalität keinen Sinn“; das Reich hat nichts in die Angelegenheiten der „Länder“ hineinzureden; die ruthenischen Angelegenheiten sollen in Lemberg, die böhmischen in Prag entschieden werden. Das hat nichts Überraschendes. Die Herren von der in Galizien herrschenden Nationalität haben schon längst nicht mehr verhehlt, daß sie sich als „Delegation“ des Landes Galizien betrachten. Sie fingiren ein Verhältnis dieses Landes zu den übrigen,

etwa so wie das Ungarns zur deutschslavischen Reichshälfte, aber nicht ganz so; denn Galizien, auf sich selbst angewiesen, könnte nicht bestehen. Und eben jener phantasiervolle fürstliche Redner hat früher entdeckt, daß das übrigens so unbequeme Reich die Verpflichtung habe, Galizien zu erhalten, weil die dortigen wirtschaftlichen Zustände nicht etwa durch die genugsam bekannte polnische Wirtschaft, sondern durch den österreichischen Staat verschuldet seien! Er und Gregor wiesen direkt auf Ungarn hin und ließen durchblicken, daß die polnisch-tschechische Allianz geschlossen sei, um gemeinschaftlich für ihre beiden Länder das zu erringen, was Ungarn erreicht hat. Die kleinen Verschiedenheiten in den staatsrechtlichen Beziehungen einerseits Ungarns und andererseits Böhmens und Galiziens zu Krone und Reich geniren sie selbstverständlich nicht.

Die übrigen Redner mochten, wie gesagt, nicht so offen Farbe bekennen, und schleppten deswegen alle möglichen Argumente herbei, welche nicht hergehören, zum Teil sich gegenseitig aufheben. Bald wollten sie nicht wissen, was Staatssprache bedeute — der alte Herr von Grocholski war naiv genug, zu bekennen, er habe nach einer Erklärung dieses Wortes vergeblich in — Adelungs Wörterbuch gesucht —, zogen wiederholt die Schweiz und Belgien zum Vergleich heran, dachten aber wohlweislich nicht an Amerika, und fanden es ganz selbstverständlich, daß in Galizien das Polnische „Landessprache“ ist, obgleich der größte Teil der ländlichen Bevölkerung ruthenisch spricht. Bald bestritten sie die Kompetenz des Reichsrates in der Frage und bezeichneten in demselben Atem ein Gesetz, wie das verlangte, als Verfassungsänderung; eine solche aber könne nur vom Reichsrat beschlossen werden. Bald erhoben sie die alten Klagen über Germanisation, Unterdrückung der slavischen Idiome, und verweigerten doch, die Hand zur Herstellung eines festen Rechtsbodens zu bieten. Das historische Recht und die Staatsraison bestanden abwechselnd zu Recht oder waren keiner Berücksichtigung wert, je nachdem sie zu Gunsten der Slaven oder der Deutschen zu sprechen schienen. Sie führten bittere Klage darüber, daß eine Woche mit solchen zwecklosen Debatten verloren worden. Der Berichterstatter Sturm entgegnete darauf, daß dem Hause augenblicklich kein wichtigerer Verhandlungsgegenstand vorliege; er hätte aber der Mehrheit vor allem zu Gemüte führen können, daß es ja in ihrer Macht gelegen hat, die Vorlage in wenigen Minuten zu erledigen: sie brauchte nur der Vernunft und der Billigkeit Gehör zu geben. Die Linke wurde natürlich mit Vorwürfen und Anklagen überschüttet. Sie hat viel auf dem Kerbholz, aber wenn sie in dieser Sache ein Verschulden trifft, so ist es, daß sie die Zeit ihrer Macht nicht verständig ausgenutzt, nicht eingesehen hat, daß ihr doktrinärer Liberalismus die zentrifugalen Elemente großgezogen hat. Wer ihr jetzt vorwirft, sie heze die Bevölkerung der Alpenländer und Deutschböhmens, der kennt die wirklichen Verhältnisse nicht oder will sie nicht kennen. Deutsch fühlen von jeher die Kärntner, Steirer, Oberösterreicher, ob sie übrigens zur liberalen oder zur klerikalen Partei halten mögen, und der Ge-

danke einer administrativen Zweiteilung Böhmens ist dortzulande schon seit zehn Jahren populär gewesen, die Abgeordneten haben diesem wie dem der Abstammungspolitik bisher widerstanden.

Besondere Kennzeichnung verdient die Art, wie die Redner der Majorität sich mit der Frage der Rückwirkung der Sprachwirren auf das Heer abfand. Daß die Armeesprache deutsch ist — unbeschadet des Verkehrs der untern Vorgesetzten mit der Mannschaft —, konnten sie nicht leugnen, und ebensowenig, daß die Nationalisierung des Schulwesens bald einen Mangel an deutschsprechenden Unteroffizieren zur Folge haben muß; so thaten sie denn, als ob das Aufwerfen dieser Frage eine Einmischung in die innern Angelegenheiten der Armee, ein Eingriff in die Prärogative des obersten Kriegsherrn sei. Wie hinfällig muß es um eine Sache stehen, die mit solchen Kunststücken verteidigt wird! In der That entsinnen wir uns keiner bedeutenderen Debatte im österreichischen Parlamente, die von der Rechten auf einem so niedrigen Niveau gehalten worden wäre.

Die Redner der Minorität fehlten zum Teil darin, daß sie sich durch die Gegner von dem eigentlichen Felde weglocken ließen. Das Ereignis der ganzen Verhandlung war eine Rede des Hofrats Lienbacher. Alles vereinigte sich, um sein Eintreten für die deutsche Sache im höchsten Grade wertvoll zu machen. Eine anerkannte Autorität in juristischen und politischen Fragen, Mitglied des obersten Gerichtshofes, durch und durch konservativ, bisher Verbündeter der Majorität, erklärte er sich, ohne von seinen Überzeugungen das mindeste zu opfern, mit einer Entschiedenheit gegen den Majoritätsantrag, welche umso einschneidender wirkte, als er sich streng an die Sache hielt und sie mit voller Ruhe erörterte. Die Gegner im Hause wußten auch soviel wie nichts auf seine Vorhaltungen zu erwidern, und die Parteipresse glaubt genug gethan zu haben, wenn sie ihn einen unverbesserlichen Zentralisten heißt. Sichtlich unangenehm war es auch, daß ein Rumäne aus der Bukowina, Professor Tomaszuk, vom österreichischen und vom Standpunkte seiner Nationalität aus mit soviel Wärme die Staatsprache verteidigte, welche in seiner Heimat gegen die Polonisierung schützt. Glänzende Reden hielten noch Plener und Sturm.

Zum Schlusse wurden alle Anträge abgelehnt, der Wurmbrandsche, aber auch die einfache und die verschiedenen motivirten Tagesordnungen. Die Rechte ist mit diesem Ergebnisse sehr unzufrieden; sie hat mit aller Anstrengung kein Votum gegen die Staatsprache zuwege bringen können, sie sieht die Bundesgenossenschaft gelockert, da ein Teil der Alerikalen mit der Linken stimmte, ein anderer sich wenigstens der Abstimmung enthielt; sie fürchtet über kurz oder lang die Mehrheit zu verlieren. Aus denselben Gründen ist die Linke befriedigt. Dergleichen Betrachtungen und Berechnungen werden meistens nur vom parlamentarischen Gesichtspunkte aus angestellt. Darüber hinaus ist es von unschätzbare Bedeutung, daß aus den noch so gewundenen und umwundenen Reden

der Polen und Tschechen doch eines deutlich hervortritt: sie hassen das Deutsche, weil sie in demselben eine der stärksten Klammern, welche das österreichische Staatsgebäude zusammenhalten, erkennen. Kieger nannte die Kaiserin Maria Theresia eine achtungswürdige Dame: das Wort Kaiserin wollte nicht über seine Lippen. Das ist es! Der Kaiser von Österreich soll sich wieder in den König von Ungarn und Böhmen (wozu vorläufig noch Galizien kommen würde) verwandeln und in einem Kriegsfall von den getreuen Ständen der verschiedenen Länder Hilfe erbitten.



Die Praxis der deutschen Feuerversicherungsgesellschaften.



Das Reskript des Reichskanzlers an die Oberpräsidenten vom 19. März vorigen Jahres betreffs der Feuerversicherungsgesellschaften hat die Kreise derselben in eine hochgradige Aufregung versetzt, welche lebhaft an die der Drohnen im Bienenstock kurz vor dem Tage der ihnen bevorstehenden Schlacht erinnert. Aber auch im Volke ist das Bewußtsein der eminenten Bedeutung des Versicherungswesens durch das Reskript geweckt worden, es hat den Sinn des Volkes auf Änderung und Besserung der in diesem Geschäft herrschenden Zustände hingelenkt.

Fast alle Gesellschaften haben teils einzeln für sich, teils im Verbande mit Kolleginnen Replikten auf das Reskript erlassen und versucht, die ihnen darin gemachten Vorwürfe der zu hohen Prämien und nicht koulanter Schadenregulierung und des aus beiden Ursachen entspringenden hohen Gewinnes zu widerlegen. Mit wenig Glück, wie uns scheint. Der vom Reichskanzler betonte hohe Gewinn soll nach diesen Replikten ein schwerer Irrtum sein, und um den geringen Nutzen zu beweisen, mit dem die Gesellschaften angeblich arbeiten, suchen die Replikten die unlohnenden Resultate und die Verluste der kleinen Gesellschaften, auch die Kapitalverluste der bankrotten oder in Liquidation gegangenen Kompagnien mit den Gewinnen der großen Anstalten in einen Topf zu werfen, um so den möglichst kleinen Durchschnitt zu erhalten. Ferner wird mit ängstlicher Genauigkeit der Überschuß der Prämieineinnahmen und der Zinsen der Reservefonds auseinander geklaubt, um die niedrigen Prämien und das unlohnende Geschäft ad oculos zu demonstrieren. Letzteres ist ihnen nicht gelungen, beide Methoden der Beweisführung sind falsch. Durch unrichtige Spekulationen kann der mit dem lukrativsten Handelsartikel arbeitende Kaufmann zu Grunde